
Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 22.01.2026

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:02 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr H. Weber, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus, eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus, stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses mit 6 anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 06:00:00

3 Genehmigung der Niederschrift vom 13.11.2025

Der **Ausschussvorsitzende** bringt die Niederschrift vom 13.11.2025 zur Abstimmung. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

Abstimmungsergebnis: 04:00:02

Nach diesem Tagesordnungspunkt betreten die **Herren Stadträte Kaßner, Fraktion B90/Die Grünen**, und **Hartmann, Fraktion SPD**, die Sitzung.

Die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder erhöht sich auf 8.

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 13.11.2025 wurden keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst.

- 5 Einwohnerfragestunde**
Bürgerinnen und Bürger werden gebeten, konkrete Fragestellungen im Rahmen der Einwohnerfragestunde bis zum 21.01.2026, 14:00 Uhr per E-Mail an die Sitzungsbearbeiterin (wirtschaftsausschuss@dessau-rosslau.de) zu richten.

Wortmeldungen werden zu diesem Tagesordnungspunkt wie folgt erhoben:

1. Frage:

Herr Bebber, 1. Vorsitzender des Technikmuseums Hugo Junkers Dessau, stellt die Frage, ob der politische Wille bestehe, den Verfall der Rundbogenhalle (auch Stahllamellenhalle genannt) auf dem Junkalor-Gelände zu stoppen und diese durch eine Umsetzung ins Technikmuseum einer sinnvollen Nutzung zuzuführen.

Er betont, dass die Halle ein bedeutendes Zeugnis der Bautätigkeit von Hugo Junkers darstelle und durch die Umsetzung sowohl saniert als auch für den Schutz der großen Exponate des Museums genutzt werden könne. Die Halle befinde sich in einem schlechten Zustand, habe bereits mehrfach gebrannt und sei dringend sanierungsbedürftig.

Herr Stadtrat H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, fragt nach einer Kostenkalkulation für die Umsetzung der Halle.

Herr Bebber gibt an, dass vor 15 Jahren die Kosten auf rund 650.000 Euro geschätzt worden seien, diese Summe sich jedoch aufgrund von Inflation und zusätzlichen Anforderungen, wie der ursprünglichen Eindeckung mit Wellblech, deutlich erhöht habe. Er habe vor einigen Wochen einen Antrag auf Zuteilung von Mitteln aus dem Sondervermögen der Stadt gestellt, der der Verwaltung und den Stadträten vorliege.

Herr Stadtrat H. Weber weist darauf hin, dass die Voraussetzungen für die Nutzung des Sondervermögens im Finanzausschuss der kommenden Woche thematisiert würden. Er betont, dass die Nachhaltigkeit und Durchführbarkeit solcher Maßnahmen sowie die Bedeutsamkeit für die Stadt gründlich geprüft werden müssten. Er fordert die Fraktionen auf, Stellung zu der Frage des politischen Willens zu nehmen.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt fest, dass eine Unterstützung für die Umsetzung der Rundbogenhalle zum Technikmuseum Hugo Junkers einstimmig begrüßt wird.

2. Frage:

Herr Bebber möchte wissen, ob es der politische Wille der Stadt sei, die Skulptur „Ikarus“ an einen prominenteren Standort zu versetzen.

Herr Schmidt, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung, erklärt, dass ein Planfeststellungsverfahren für den Ersatzneubau der Muldebrücke abgeschlossen sei, welches auch denkmalrechtliche Vorgaben für den Kreisel an der Stadteinfahrt Ost beinhalte. Diese Vorgaben sähen eine begrünte Mittelinsel ohne Bauwerke vor.

Herr Stadtrat Hartmann bestätigt diese Ausführungen und betont, dass die Entscheidung für den aktuellen Standort der Skulptur nach langen Diskussionen getroffen worden sei und denkmalpflegerische Aspekte berücksichtigt habe.

Herr Stadtrat H. Weber fragt, ob eine Änderung des Planfeststellungsbeschlusses rechtlich möglich sei.

Herr Schmidt gibt an, dass er dies nicht abschließend beantworten könne und eine Klärung mit der zuständigen Behörde erforderlich sei.

Herr Stadtrat Hartmann betont, dass eine rechtliche Prüfung der politischen Entscheidung vorausgehen müsse.

Herr Stadtrat J. U. Weber, Fraktion ABV, bittet um eine erneute Bewertung der rechtlichen Möglichkeiten, bevor eine politische Diskussion geführt werde.

Frau Stadträtin Müller, Fraktion CDU, informiert, dass die CDU-Fraktion an einer Beschlussvorlage zur Umsetzung des „Ikarus“ arbeite.

Herr Stadtrat Ratzmann, Fraktion AfD und Herr Stadtrat Kaßner äußern, dass sie eine Stellungnahme erst nach interner Diskussion in ihren Fraktionen abgeben könnten.

Der **Ausschussvorsitzende** legt fest, dass die Stadtverwaltung die rechtlichen Rahmenbedingungen prüfen werde, bevor eine politische Entscheidung getroffen wird.

3. Frage:

Bürger 1 erkundigt sich nach der Anzahl der im Jahr 2025 in Dessau bankrottgegangenen oder aus anderen Gründen geschlossenen Firmen, wie beispielsweise kein Nachfolger sowie nach den neu hinzugekommenen Unternehmen, unterteilt nach Branchen. Einzelnen Namen benötigt er nicht.

Die Frage wird durch das Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung schriftlich beantwortet.

4. Frage:

Bürger 1 möchte wissen wie die Besucherzahlen des Bauhausmuseums aussehen und welche konkreten Effekte wirtschaftlich und touristisch festzustellen sind seit der Eröffnung.

Die Frage wird durch die Stadtmarketinggesellschaft schriftlich beantwortet.

5. Frage:

Bürger 1 bezieht sich auf einen Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung, laut dem die DWG, ein städtisches Unternehmen, für Geschäftskunden eine Verwaltungskostenumlage eingeführt haben soll. Er möchte wissen, wie sich der Stadtrat und die Stadtspitze ganz konkret dazu positionieren und wie dieser Missstand im Sinne der Gewerbetreibenden behoben werden soll. Dass gerade von Seiten der Stadt in wirtschaftlich schweren Zeiten auf diese Art und Weise die Kosten erhöht werden, ist nicht nachvollziehbar. Es schließen immer mehr, der Leerstand wird immer größer und hier wird mit steigenden Kosten versucht, die letzten Mieter auch noch auf zum Aufgeben zu bewegen.

Herr H. Weber, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus, antwortet, dass hierauf heute keine Antwort gegeben werden kann. Er selbst ist Mitglied des Aufsichtsrates der DWG und erklärt, dass der Aufsichtsrat der DWG die Beschwerden in der kommenden Sitzung behandeln werde. Selbstverständlich sind erhebliche Beschwerden diesbezüglich an die DWG gegangen.

Herr Stadtrat H. Weber prüft, in welchem Umfang danach eine politische Antwort gegeben werden kann.

6 Beschlussfassungen

6.1 Fortschreibung qualifizierter Mietspiegel Dessau-Roßlau 2026 Vorlage: BV/334/2025/IV-50

Der **Ausschussvorsitzende** betont, dass er im Vorfeld mit der Vorsitzenden des Sozialausschusses über das Thema gesprochen habe. Er berichtet, dass der Sozialausschuss, der primär mit diesem Thema befasst sei, bereits zugestimmt habe. Als einzige Kritik sei dort geäußert worden, dass eine detailliertere Abgrenzung der Wohnbereiche in zukünftigen Fortschreibungen berücksichtigt werden solle. Er

hebt hervor, dass der neue Sozialreport, der vom Sozialamt bereits in Arbeit sei, eine wichtige Grundlage für eine detailliertere Fortschreibung des Mietspiegels darstellen könne.

Frau Paesold, Leiterin des Sozial- und Wohnungsamtes führt nach Zustimmung gleich in beide Vorlagen (TOP 6.1 und TOP 6.2) ein.

Herr Stadtrat H. Weber betont die Notwendigkeit, einen umfassenden Sozialreport zu erstellen, der verschiedene Bereiche wie Jugend, Wohngeld, Sozialamt und wirtschaftliche Entwicklungen zusammenführt. Er hebt hervor, dass dies insbesondere im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Baubereich von Bedeutung sei.

Stadtrat J. U. Weber fordert eine Übersicht über barrierefreien und barrieregeminderten Wohnraum, da dies nicht allein den Wohnungsunternehmen überlassen werden könne. Er schildert ein persönliches Beispiel, um die Dringlichkeit dieses Anliegens zu verdeutlichen, und bittet darum, diese Übersicht in den Sozialreport aufzunehmen.

Zudem äußert er sich positiv zu den Ausführungen zum Thema Wohngedenden und betont deren Bedeutung für Investitionsentscheidungen, insbesondere im Hinblick auf ältere Menschen, die in ihren Ortschaften bleiben möchten. Abschließend bittet er um eine Erläuterung der Prozentzahlen im Bereich der Zwei-Personen-Haushalte, da hier nur 50 % des Wohnraums zu den erhöhten Kosten nachgewiesen seien.

Frau Paesold sagt aus, dass der Auftragnehmer die Zahlen auf Basis eines sogenannten Quantils ermittelt habe. Für Dessau-Roßlau sei das mittlere Quantil (50 %) angewendet worden, da bei einem niedrigeren Quantil nicht ausreichend Wohnraum nachgewiesen werden könne. Sie betont, dass das schlüssige Konzept ausschließlich die Nettokaltmiete und Betriebskosten umfasse, während die Heizkosten auf Basis des bundesweiten Heizspiegels berücksichtigt würden.

Herr Stadtrat J. U. Weber hinterfragt, ob die Heizkosten in Dessau-Roßlau mit dem bundesweiten Heizkostenspiegel übereinstimmen, da ihm vorliegende Abrechnungen dies nicht nahelegten. Er verweist auf die Leerstandsquoten und die damit verbundenen Umlagen und bittet um eine Einschätzung, ob Dessau-Roßlau sich innerhalb des bundesweiten Rahmens bewege.

Frau Paesold antwortet, dass es keinen Stadtratsbeschluss gebe, ein Heizspiegelkonzept für Dessau-Roßlau zu beauftragen. Sie verweist auf die rechtlichen Grundlagen und kündigt an, dass eine Arbeitsgruppe mit der DVV und der DWG eingerichtet werde, um Unterstützung für Bürgerinnen und Bürger bei Heizkostenabrechnungen zu leisten.

Herr Stadtrat Dr. Nothdurft, Fraktion AfD, weist darauf hin, dass bei der Erstellung des Mietspiegels der allgemeine Verbraucherpreisindex (VPI) zugrunde gelegt

wurde, während beim schlüssigen Konzept ein spezieller Index angewendet wurde. Er fragt nach den Hintergründen dieser Abweichung.

Frau Paesold erklärt, dass es sich um unterschiedliche statistische Methoden handele, die jedoch aufeinander aufbauten. Die Begründung sei im Methodenbericht enthalten.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

6.2 Turnusmäßige Fortschreibung und Neufestsetzung der Angemessenheitsgrenzen zu § 22 SGB II und § 35 SGB XII – Kosten der Unterkunft (schlüssiges Konzept)
Vorlage: BV/355/2025/IV-50

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

6.3 Betrauung der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH
Vorlage: BV/169/2025/I-61

Herr Stadtrat H. Weber berichtet aus dem Aufsichtsrat der Stadtmarketinggesellschaft (SMG), dass ein Schwerpunkt auf die Integration des Wirtschaftsmarketings gelegt werde. Er hebt hervor, dass Kompetenzen aus dem Sachgebiet der Wirtschaftsförderung stärker gebündelt werden sollen, um die Aufgaben der Marketinggesellschaft zu unterstützen.

Herr Ceglarek, Geschäftsführer der SMG, erläutert daraufhin, dass am folgenden Tag eine erste Detailveranstaltung mit Herrn Schmidt, dem Leiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung, um Kampagnen abzustimmen. Ziel sei es, die Attraktivität der Stadt durch umfassende Informationsflüsse und abgestimmte Maßnahmen zu steigern. Er betont, dass die Themen Arbeitsplätze, Kulturlandschaft und Freizeitangebote so gestaltet werden sollen, dass sie Menschen anziehen und den demografischen Herausforderungen entgegenwirken. Zudem berichtet er, dass der Aufsichtsrat die personelle Verstärkung der Gesellschaft autorisiert habe, um die Bereiche Wirtschaftsförderung und Tourismus besser zu verzahnen. Ein Maßnahmenkatalog werde derzeit erarbeitet und im März vorgestellt.

Herr Stadtrat Kaßner weist darauf hin, dass es wichtig sei, auch Binnenmarketing zu betreiben, um die Einwohner von den positiven Entwicklungen der Stadt zu überzeugen. Er schlägt vor, eine Kampagne zu starten, die die Fortschritte der letzten Jahre sichtbar macht, um das Selbstbewusstsein der Bürger zu stärken. Herr Ceglarek bestätigt, dass dieses Thema berücksichtigt werde und verweist auf einen kürzlich stattgefundenen regionalen Workshop der IHK, bei dem Multiplikatoren identifiziert und eingebunden werden sollen.

Herr Stadtrat Dr. Nothdurft verweist auf die im Betreuungszeitraum von zehn Jahren vorgesehenen 15 Millionen Euro, die sich auf 1,5 Millionen Euro pro Jahr belaufen. Er möchte wissen, ob es sich dabei um städtische Mittel oder Fördermittel handelt und ob weitere finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Herr Stadtrat H. Weber erklärt, dass sowohl Fördermittel als auch städtische Eigenmittel eingesetzt werden. Er betont, dass die zur Verfügung stehenden Mittel angesichts der Aufgabenbreite als gering einzustufen seien.

Herr Ceglarek ergänzt, dass die 1,5 Millionen Euro pro Jahr unter anderem für Personalkosten und Maßnahmen verwendet werden. Er weist darauf hin, dass eine Erhöhung der Mittel erforderlich sei, um die Aufgaben der Gesellschaft umfassender erfüllen zu können.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Reinsdorf, Abteilungsleiter Wirtschaft und Stadtentwicklung, berichtet über den Sachstand zur Umsetzung der Machbarkeitsstudie „TRAINScenter“.

Er informiert, dass der Stadtrat im Jahr 2024 beschlossen habe, dem Bahntechnologieverein eine Zuwendung zur Erstellung der Machbarkeitsstudie zu gewähren. Er führt aus, dass die erste Tranche der Förderung Ende 2024 abgerufen worden sei, während die zweite Tranche der bewilligten Mittel im Jahr 2025 nicht abgerufen worden sei, da im Oktober 2025 der Bahntechnologieverein darüber informiert wurde, dass der Investor, der Hauptmieter und der Betreiber des geplanten TRAINScenters abgesprungen seien. Das führte zur sofortigen Einstellung des Projekts. Der Verein sei daraufhin aufgefordert worden, alle Unterlagen und Belege einzureichen sowie einen Verwendungsnachweis vorzulegen. Diese Unterlagen seien fristgerecht eingereicht worden und befänden sich derzeit in der Prüfung. Herr Reinsdorf berichtet weiter, dass das ursprüngliche Projekt vorsah, den ruinösen Bestand an der Roßlauer Allee durch einen Teilrückbau und einen Neubau zu ersetzen. Aufgrund der nicht gegebenen Genehmigungsfähigkeit des Abrisses habe man mit dem Eigentümer alternative Lösungen erarbeitet. Anfang 2025 habe ein Eigentümerwechsel stattgefunden, wodurch neue Planungsvereinbarungen getroffen werden mussten. Der neue Eigentümer habe sich entschieden, das Gebäude im Bestand zu sanieren und zu einem Gewerbezentrum zu entwickeln. Ein Teil des Gebäudes sei für das TRAINScenter vorgesehen gewesen, jedoch habe die Absage des Investors und der weiteren Akteure das Projekt letztlich zum Scheitern gebracht.

Die Machbarkeitsstudie wurde mit einem Budget von 75.000 Euro geplant, wovon 70.000 Euro durch die Stadt gefördert wurden. Schlussendlich sei nur ein geringer

Teil der Mittel von unter 10 Prozent verwendet worden, da keine Folgeaufträge erteilt worden seien. Die bisher erstellten Unterlagen umfassten eine Bestandsanalyse, ein Raumbuch, Grundrisse, Schnitte und Visualisierungen.

Herr Stadtrat J. U. Weber fragt nach den weiteren technologischen Aktivitäten des Bahntechnologievereins und der Zukunft der Wasserstoffzug-Technologie in der Region.

Herr Reinsdorf erklärt, dass das TRAINScenter Teil eines größeren Bundesprogramms sei, in dem 40 regionale Partner zusammenarbeiten. Die Umrüstung eines Dieseltriebzugs auf Wasserstoffantrieb sei bereits weit fortgeschritten, und es gebe Pläne, Studiengänge an der Hochschule Anhalt zu etablieren. Die Themen würden nun in einem virtuellen TRAINScenter weitergeführt, da die bauliche Umsetzung derzeit nicht möglich sei. Zudem befinde man sich in Abstimmung mit der IHK, um Bildungsangebote im IHK-Bildungszentrum zu etablieren.

Herr Stadtrat Kaßner äußert Kritik an der ursprünglichen Standortwahl und fragt nach alternativen Standorten.

Herr Reinsdorf betont, dass Flächen in der Stadt vorhanden seien, jedoch das Projekt am Fehlen eines Hauptakteurs gescheitert sei. Er hebt hervor, dass der Bahntechnologieverein sparsam mit den Fördermitteln umgegangen sei und keine unnötigen Ausgaben getätigt habe.

Herr Stadtrat J. U. Weber regt an, verstärkt nach Risikokapital zu suchen, um die Technologie in der Region zu etablieren. Er verweist auf die bestehende Wasserstoffinfrastruktur in der Stadt und fordert eine intensive Prüfung, wie die Stadt die Ansiedlung der Technologie unterstützen könne.

Herr Stadtrat Kaßner betont, dass die Stadt schnell handeln müsse, um nicht von anderen Standorten überholt zu werden.

Herr Stadtrat Hartmann erkundigt sich nach der weiteren Nutzung des Areals an der Roßlauer Allee.

Herr Reinsdorf erklärt, dass der neue Eigentümer das Gebäude im Bestand sanieren und als Gewerbezentrum entwickeln wolle. Die Stadt unterstütze diese Bemühungen und plane, Vermarktungsunterlagen zu erstellen, um die Suche nach Mietern zu erleichtern.

Herr Stadtrat Hartmann greift das Thema des Tourismuskonzepts auf und fragt nach dem aktuellen Stand, insbesondere im Hinblick auf die Investitionspläne für die Hotels der Stadt, die einen Modernisierungsbedarf aufweisen. Er verweist auf die Tiefgarage des Radisson Blue Hotels, die im September teilweise und nun

großflächig gesperrt sei, und äußert Bedenken hinsichtlich der bevorstehenden Veranstaltung „Kurt Weill“, bei der die Tiefgarage üblicherweise vollständig genutzt werde. Er bittet um Informationen zu den geplanten Investitionen des Hotels.

Herr Schmidt, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung, erklärt, dass man sich mit dem Eigentümer in Verbindung setzen werde, um die notwendigen Informationen einzuholen.

Herr Stadtrat J. U. Weber spricht das Thema Windkraft an und berichtet, dass in Mosigkau erstmals ein Antrag für ein Windrad am Rande des Windeignungsgebietes Libbesdorf, Quellendorf, Mosigkau gestellt wurde. Er fragt, in welchem Ausschuss über den Stand und den Ausgang des Genehmigungsverfahrens informiert werde, sobald die Antragsformalitäten abgeschlossen seien. Zudem erinnert er an die ausstehende Diskussion über die Umlagen aus Windkraftanlagen, die laut Gesetz vom Land geregelt wurden, und wie die Stadt diese Mittel für angrenzende Ortschaften verwenden wolle. Er bittet um eine schriftliche Antwort oder eine öffentliche Mitteilung.

Herr Schmidt, antwortet, dass zunächst geklärt werden müsse, ob die Angelegenheit im Umweltausschuss oder Bauausschuss behandelt werde. Bezüglich der Umlagen befinde er sich bereits in Abstimmung mit dem Finanzbeigeordneten Herrn Ulbrich.

Herr Stadtrat H. Weber informiert über eine Anmerkung des Oberbürgermeisters beim Neujahrsempfang zur Notwendigkeit der Erweiterung der Hochschule Anhalt. Er erinnert daran, dass vor über zehn Jahren ein Anwohner der Luxemburgstraße vehement dafür plädiert habe, ein großes Grundstück an der ehemaligen Bibliothek für die Hochschule zu nutzen. Dieses Grundstück sei jedoch zu einem vergleichsweise niedrigen Preis an eine Wohnungsgesellschaft verkauft worden, die dort altengerechtes Wohnen errichtet habe. Er betont, dass die Stadt nun keine unmittelbaren Erweiterungsflächen für die Hochschule mehr vorhalte, was er als problematisch empfinde. Er verweist darauf, dass die Presse möglicherweise über diese Thematik berichtet habe, und hebt hervor, dass die damalige Entscheidung leichtfertig getroffen worden sei.

Nach diesem Tagesordnungspunkt wird 17:58 Uhr Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Herr H. Weber, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus,
schließt die Sitzung um 18:02 Uhr.

Dessau-Roßlau, 13.03.26

Hendrik Weber
Vorsitzender Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus

M. Henke
Schriftführer